



Wg. Graf (Ztr.) wendet sich gegen die Kommunisten, die auch bei den letzten Grubenwärtigen Angriffe erhoben, bevor die Urteile der Staatsprokuratur gefällt sind.

Wg. Vriehausen (D. Sp.) spricht für den Nachener Verband.

Wg. Fries-Siegen (Zog.) wendet sich gegen die Kommunisten. Es entsteht eine Debatte zwischen ihm und dem Abg. Sobotka (Komm.).

Wg. Dr. von Weichsungen (Ztr.) spricht abermals zu der Sitzungsfrage und erklärt unter förmlichem Befehl seiner Partei und Herren aus der Mitte und von der Bank, daß die Deutschnationalen in den nächsten Tagen das Staatsministerium erledigen werden, falls bei einer drohenden Stilllegung eines Betriebes die Mehrheit der Belegschaft sich für die neuen Arbeitsbedingungen ausspreche, das Tarifrecht aber Straf gesetzt werde.

Wg. Hillebrand (Ztr.) verweist auf die katastrophale Lage des Saargebietes, dankt für die bescheidenen Spenden anlässlich des Grubenunglücks im vergangenen Jahre.

Abstimmungen am Donnerstag. Nächste Sitzung. Nächste Sitzung. Die Tagesordnung u. a. die Wahl des neuen Vizepräsidenten, der Finanzausgleich und der Justizhaushalt.

### Überfüllung der Justiz.

Die Aufhebung der Amtsgerichte in Preußen.

(206. Sitzung.) u. Berlin, 25. Februar.

Der Preussische Landtag wählte Abg. Dr. von Cunicur (D. Sp.) mit 26 Stimmen gegen 20 Stimmen als Nachfolger des verstorbenen Abg. Dr. Wiener zum Vizepräsidenten des Landtages. Es folgte die zweite Beratung des

preussischen Finanzausgleichsgesetzes.

Die Vorlage sieht u. a. eine Abschaffung der hohen Komunal- und Kreis- und bringt eine Beteiligung der Gemeindeverbände und Provinzen an der Bürgersteuer.

Nach kurzer Aussprache, in der die Vertreter der Regierungspartei der Vorlage zustimmen, die der Opposition sie ablehnen, erfolgt die zweite Beratung des

Zustimmungsbeschlusses.

Zustimmungen Dr. Schmidt leitete die Aussprache mit einer längeren Rede ein. Er weist zunächst darauf hin, daß der höhere preussische Justizdienst nur noch 6500 Mannstellen umfasse gegen 7000 vor dem Kriege. Die Aufnahmefähigkeit für junge Juristen sei fast ausschließlich durch die Erhebungen über den Verlust der Kriegsjahre sowie die Entwicklung auf einen sich allmählich vergrößernden Ausgleich unter den verschiedenen Bevölkerungsklassen hin. Von der Annahme des Vortrages des Hauptausgleichsgesetzes, für welches die Aufhebung des 65. auf das 63. Lebensjahr hinaufzusetzen, hat der Minister angefaßt die schlechten Aussichten für den Nachwuchs ab. Die Überfüllung des höheren Justizdienstes habe sich auch unter der Rechtsanwaltschaft gezeigt. Die Zahl der Rechtsanwälte habe sich von 7000 im Jahre 1913 auf 10 500 im Jahre 1930, also um etwa 40 Prozent erhöht. Es habe seiner Ergebnis, daß die von der

Aufhebung seiner Amtsgerichte

erhofften finanziellen Auswirkungen erheblich hinter den Erwartungen zurückblieben. Der Minister stimmt daher den Wünschen des Hauptausgleichsgesetzes, die empfohlen haben, in der Frage der Aufhebung seiner Amtsgerichte größte Sorgfalt walten zu lassen.

### Öffhilfe und Ostbünde.

Eine schwere Enttäuschung.

Die Ostbünde (Schlesien, Pommern, Brandenburg, Mecklenburg, Grenzmark, Nieder- und Oberpommern) haben sich mit dem Ostbündnisgeleit vereinigt und sind einstimmig in dem Beschlusse des Reichslandbundes zu einer Stellungnahme gelangt, in der es u. a. heißt:

Die Voraussetzung für das Wirksamwerden einer jeden Öffhilfe ist nach Auffassung der Ostbünde die Wiederherstellung der Wirtschaft der Ostgebiete des deutschen Reichslandwirtschaft. Diese Voraussetzung liegt nach Meinung der Ostbünde in keiner Weise vor. Auch der Öffhillegesamt in besonderen bedeutet für die östliche Landwirtschaft wiederum eine schwere Enttäuschung. Entgegen der Grundforderung des Reichslandbundes und Aussagen von Regierungstellen soll die Lage in Ostpreußen, die vorzugsweise geteilt ist, eine sofort wirksame Entlastung des Ostens herbeizuführen, nicht allgemein durchgeföhrt, sondern räumlich und in ihrem Ausmaß beschränkt werden.

In der Frage der Umwidmung ist der Forderung des Reichslandbundes auf Zurückverpflichtung zinsfreier Amortisationshypotheken nicht Rechnung getragen. Die Ostbünde beklagen weiter, daß der Zeit zum Wirksamwerden der Umwidmungsmaßnahmen, vor allem insofern, als die allgemeine Kalkulation, zahlreiche Betriebe überhaupt nicht mehr fortgeführt werden können. Weiter ist der berechtigten Forderung des Reichslandbundes, daß die Umwidmung der Landwirtschaft in das Umwidmungsverfahren nicht Rechnung getragen. Der verhängnisvolle Einfluß der preussischen Regierung auf Organisation und Arbeit der Landwirtschaft ist ein weiterer Grund, weshalb die Ostbünde die Zusammenfassung der Ostbünde der Ansicht, daß der vorliegende Entwurf eines Öffhillegesetzes nicht der Wortsinn des Reichspräsidenten vom 18. März 1930 gerecht wird.

### Keine durchgreifende und alsbaldige Hilfe.

Scheimatz Hugenberg über das Agrarprogramm.

In einer beschleunigten Verlesung in Braunschweig führte Geheimrat Hugenberg u. a. aus:

Der Herr Reichspräsident hat in Verantwortung einer Eingabe unseres Bauernführers Herrn Wege den Ruf an die Deutschnationalen gerichtet, sich an der Arbeit für die Landwirtschaft im Reichstage zu beteiligen, d. h. in den Reichstag zurückzuführen.

Zunächst spricht er davon, durch die in den letzten Tagen vom Reichsminister verabschiedeten Gesetzentwürfe solle dem Osten, durch weitere Maßnahmen, der deutschen Landwirtschaft insgesamt eine durchgreifende und alsbaldige Hilfe gebracht werden. Der Herr Reichspräsident wird von seiner Umgebung nicht guttunend unterrichtet. Wir haben es stets für verhängnisvoll gehalten, daß die Regierung Bränning sich als

„Eindenburg-Kabinett“

auftrat und für ihre schlechte Politik Schuld und Verantwortung über den Verfall des Reichspräsidenten luden. Das beschleunigte die Gefahr heran, daß die Ministerialräte des von uns vertriebenen Reichspräsidenten abgesetzt wird. Es ist tatsächlich unrichtig, daß dem Osten und der Landwirtschaft durch die scheinenden Gesetzentwürfe eine

„durchgreifende und alsbaldige Hilfe gebracht wird“.

Man hat das aus dem Reichspräsidenten falsch bezogen. Man hat ihn auch offenbar über den Sinn unserer Forderungen falsch unterrichtet. Der Herr Reichspräsident selbst — das ist über — will eine sachliche Vorklärung der Landwirtschaft. Die landwirtschaftliche Lage ist das, was dem Osten und der Landwirtschaft durch die scheinenden Gesetzentwürfe eine

„durchgreifende und alsbaldige Hilfe gebracht wird“.

Man hat das aus dem Reichspräsidenten falsch bezogen. Man hat ihn auch offenbar über den Sinn unserer Forderungen falsch unterrichtet. Der Herr Reichspräsident selbst — das ist über — will eine sachliche Vorklärung der Landwirtschaft. Die landwirtschaftliche Lage ist das, was dem Osten und der Landwirtschaft durch die scheinenden Gesetzentwürfe eine

„durchgreifende und alsbaldige Hilfe gebracht wird“.

Man hat das aus dem Reichspräsidenten falsch bezogen. Man hat ihn auch offenbar über den Sinn unserer Forderungen falsch unterrichtet. Der Herr Reichspräsident selbst — das ist über — will eine sachliche Vorklärung der Landwirtschaft. Die landwirtschaftliche Lage ist das, was dem Osten und der Landwirtschaft durch die scheinenden Gesetzentwürfe eine

„durchgreifende und alsbaldige Hilfe gebracht wird“.

Man hat das aus dem Reichspräsidenten falsch bezogen. Man hat ihn auch offenbar über den Sinn unserer Forderungen falsch unterrichtet. Der Herr Reichspräsident selbst — das ist über — will eine sachliche Vorklärung der Landwirtschaft. Die landwirtschaftliche Lage ist das, was dem Osten und der Landwirtschaft durch die scheinenden Gesetzentwürfe eine

„durchgreifende und alsbaldige Hilfe gebracht wird“.

Man hat das aus dem Reichspräsidenten falsch bezogen. Man hat ihn auch offenbar über den Sinn unserer Forderungen falsch unterrichtet. Der Herr Reichspräsident selbst — das ist über — will eine sachliche Vorklärung der Landwirtschaft. Die landwirtschaftliche Lage ist das, was dem Osten und der Landwirtschaft durch die scheinenden Gesetzentwürfe eine

„durchgreifende und alsbaldige Hilfe gebracht wird“.

Man hat das aus dem Reichspräsidenten falsch bezogen. Man hat ihn auch offenbar über den Sinn unserer Forderungen falsch unterrichtet. Der Herr Reichspräsident selbst — das ist über — will eine sachliche Vorklärung der Landwirtschaft. Die landwirtschaftliche Lage ist das, was dem Osten und der Landwirtschaft durch die scheinenden Gesetzentwürfe eine

„durchgreifende und alsbaldige Hilfe gebracht wird“.

Wenn man will, ist auch heute die Rettung der Landwirtschaft möglich. Aber man will nicht, weil sie nicht der Sozialdemokratie möglich ist, sondern nur mit Reichs und nur auf der Grundlage eines Reichslandes in Preußen.

Wenn das Ministerium Bränning uns einladen läßt, an den Verhandlungen des Reichstages wieder teilzunehmen, so können wir daraus nur eine Verneinung für die sachliche

Unhaltbarkeit der Lage

entnehmen, in die sich das gegenwärtige Reichsministerium hineinmanövriert hat. Es braucht die Rechte, aber es will ihr nicht die Führung der politischen Geschäfte einräumen, die ihr zukommt. Der Herr Hindenburg wird in der Regierungspraxis als „Präsident“ zu den Deutschnationalen gewertet, er

schon als in Verbindung mit einem entweichenden Reichsland an das Zentrum werden, der dazu beitragen, die Bahn für die Rechte frei zu machen.

### Die Verbilligung der landwirtschaftlichen Kredite.

Reich, Preußen und die Kreditinstitute verhandeln.

In Berlin fand unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers Dr. Brüning eine erste eingehende Aussprache mit Vertretern der landwirtschaftlichen Zentralkreditinstitute und des Reichsverbandes der Deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften — Raiffeisen — statt, um Maßnahmen zur Verbilligung der landwirtschaftlichen Kredite auf organisatorische und sonstige Weise zu erörtern. An dieser Aussprache nahmen der preussische Ministerpräsident Dr. Brauns, die Reichsminister Dr. Siegel und Trebner, der Reichsfinanzminister Dr. Brüning, der preussische Minister für Landwirtschaft, Forsten und Fischerei Dr. Stelzger nebst Vertretern der zuständigen Ministerien des Reichs und Preußens teil. Die Besprechungen werden fortgesetzt.

### „Möglichkeiten“ nationaler Wirtschaftspolitik.

Der Reichslandbund zur Agrarvorlage.

Der Reichslandbund veröffentlicht folgende Stellungnahme zur Agrarvorlage:

„Der Reichslandbund sieht sich, daß in dem Regierungsprogramm keine und der Seiten Front Forderungen auf

Kalkulation für die schwer ringende Landwirtschaft fast völlig fehlen, und hält insbesondere an seiner bereits vorliegenden Kritik an der Schilke fest. Vorbehaltlich der Stellungnahme im einzelnen kann trotzdem anerkannt werden, daß der Gesetzentwurf für die Reichsregierung

weitere Möglichkeiten schafft.

„Nach den schweren Enttäuschungen, die die deutsche Landwirtschaft gerade bei der Durchführung von vergangenen Möglichkeiten zur Befreiung ihrer Lage bisher erfahren hat, kann die Reichsregierung nicht durch Eröffnen weiterer

„Möglichkeiten“ in dem Maße, wie bisher, dem sich entscheidend für Wert oder Unwert der Regierungspolitik.

„Nach den schweren Enttäuschungen, die die deutsche Landwirtschaft gerade bei der Durchführung von vergangenen Möglichkeiten zur Befreiung ihrer Lage bisher erfahren hat, kann die Reichsregierung nicht durch Eröffnen weiterer

„Möglichkeiten“ in dem Maße, wie bisher, dem sich entscheidend für Wert oder Unwert der Regierungspolitik.

„Nach den schweren Enttäuschungen, die die deutsche Landwirtschaft gerade bei der Durchführung von vergangenen Möglichkeiten zur Befreiung ihrer Lage bisher erfahren hat, kann die Reichsregierung nicht durch Eröffnen weiterer

„Möglichkeiten“ in dem Maße, wie bisher, dem sich entscheidend für Wert oder Unwert der Regierungspolitik.

„Nach den schweren Enttäuschungen, die die deutsche Landwirtschaft gerade bei der Durchführung von vergangenen Möglichkeiten zur Befreiung ihrer Lage bisher erfahren hat, kann die Reichsregierung nicht durch Eröffnen weiterer

„Möglichkeiten“ in dem Maße, wie bisher, dem sich entscheidend für Wert oder Unwert der Regierungspolitik.

„Nach den schweren Enttäuschungen, die die deutsche Landwirtschaft gerade bei der Durchführung von vergangenen Möglichkeiten zur Befreiung ihrer Lage bisher erfahren hat, kann die Reichsregierung nicht durch Eröffnen weiterer

„Möglichkeiten“ in dem Maße, wie bisher, dem sich entscheidend für Wert oder Unwert der Regierungspolitik.

„Nach den schweren Enttäuschungen, die die deutsche Landwirtschaft gerade bei der Durchführung von vergangenen Möglichkeiten zur Befreiung ihrer Lage bisher erfahren hat, kann die Reichsregierung nicht durch Eröffnen weiterer

„Möglichkeiten“ in dem Maße, wie bisher, dem sich entscheidend für Wert oder Unwert der Regierungspolitik.

„Nach den schweren Enttäuschungen, die die deutsche Landwirtschaft gerade bei der Durchführung von vergangenen Möglichkeiten zur Befreiung ihrer Lage bisher erfahren hat, kann die Reichsregierung nicht durch Eröffnen weiterer

„Möglichkeiten“ in dem Maße, wie bisher, dem sich entscheidend für Wert oder Unwert der Regierungspolitik.

„Nach den schweren Enttäuschungen, die die deutsche Landwirtschaft gerade bei der Durchführung von vergangenen Möglichkeiten zur Befreiung ihrer Lage bisher erfahren hat, kann die Reichsregierung nicht durch Eröffnen weiterer

„Möglichkeiten“ in dem Maße, wie bisher, dem sich entscheidend für Wert oder Unwert der Regierungspolitik.

„Nach den schweren Enttäuschungen, die die deutsche Landwirtschaft gerade bei der Durchführung von vergangenen Möglichkeiten zur Befreiung ihrer Lage bisher erfahren hat, kann die Reichsregierung nicht durch Eröffnen weiterer

„Möglichkeiten“ in dem Maße, wie bisher, dem sich entscheidend für Wert oder Unwert der Regierungspolitik.

„Nach den schweren Enttäuschungen, die die deutsche Landwirtschaft gerade bei der Durchführung von vergangenen Möglichkeiten zur Befreiung ihrer Lage bisher erfahren hat, kann die Reichsregierung nicht durch Eröffnen weiterer

„Möglichkeiten“ in dem Maße, wie bisher, dem sich entscheidend für Wert oder Unwert der Regierungspolitik.

„Nach den schweren Enttäuschungen, die die deutsche Landwirtschaft gerade bei der Durchführung von vergangenen Möglichkeiten zur Befreiung ihrer Lage bisher erfahren hat, kann die Reichsregierung nicht durch Eröffnen weiterer

„Möglichkeiten“ in dem Maße, wie bisher, dem sich entscheidend für Wert oder Unwert der Regierungspolitik.

„Nach den schweren Enttäuschungen, die die deutsche Landwirtschaft gerade bei der Durchführung von vergangenen Möglichkeiten zur Befreiung ihrer Lage bisher erfahren hat, kann die Reichsregierung nicht durch Eröffnen weiterer

„Möglichkeiten“ in dem Maße, wie bisher, dem sich entscheidend für Wert oder Unwert der Regierungspolitik.

„Nach den schweren Enttäuschungen, die die deutsche Landwirtschaft gerade bei der Durchführung von vergangenen Möglichkeiten zur Befreiung ihrer Lage bisher erfahren hat, kann die Reichsregierung nicht durch Eröffnen weiterer

„Möglichkeiten“ in dem Maße, wie bisher, dem sich entscheidend für Wert oder Unwert der Regierungspolitik.

„Nach den schweren Enttäuschungen, die die deutsche Landwirtschaft gerade bei der Durchführung von vergangenen Möglichkeiten zur Befreiung ihrer Lage bisher erfahren hat, kann die Reichsregierung nicht durch Eröffnen weiterer

### Flottenverständnis Paris—London.

Sencken und Alexander reisen nach Rom. Das französische Außenamt veröffentlicht eine amtliche Mitteilung. In ihr heißt es, daß die englisch-französischen Flottenverhandlungen auf einem Punkte angelangt seien, wo es

nächst erheine, sich mit der italienischen Regierung in unmittelbare Verbindung zu setzen.

Die englische Abordnung mit Außenminister Sanderston und dem Ersten Lord der Admiralität, Alexander, an der Spitze, reist deshalb nach Rom.

Sowohl die amerikanische wie auch die japanische Regierung seien über die Details der Berliner Verhandlungen, die in freundschaftlichen Formen verlaufen seien, häufig auf dem laufenden gehalten worden.

Sanderston und Alexander reisen nach Rom. Einzelheiten des getroffenen Abkommens.

Es scheint, daß sich Frankreich bereit erklärt hat, seine Gesamtonnenge auf 330 000 Tonnen herabzusetzen. Die ursprünglich von Frankreich geforderte Überlegenheit von 224 000 Tonnen gegenüber der italienischen Flotte wurde vermindert und dürfte sich um 170 000 Tonnen herum bewegen. In englischen und auch in französischen Kreisen glaubt man, daß die neuen englisch-französischen Vereinbarungen von der italienischen Regierung angenommen werden. Sollte dies nicht der Fall sein, würde Frankreich durch die in das Abkommen aufzunehmende Schlußklausel im Falle der Nichtannahme durch die italienische Regierung in dem Stande der italienischen Flotten zu verbleiben.

### Frankreichs Militärsystem.

Nur durch die „Kauf der Versailles Verträge“ geführt. Die Anteile in anderer Meinung als der Kriegsmilitär.

In der Kammer ergriß Kriegsminister Maginot bei der Beratung des französischen Schlußabkommens das Wort. Er betonte in bezug auf die Abmachung, daß Frankreich augenblicklich

Herabsetzung seiner Rüstungsausgaben unmöglich vornehmen könne.

„Ist es nicht seine Sicherheit gefährden würde. Man müsse vielmehr zunächst an eine Neuorganisation des Meeres gehen. Wenn Frankreich an den internationalen Vereinigungen zur Verhütung der Rüstungen teilnehmen, so bedeutet dies nicht, daß es seine Lebensinteressen preisgeben möchte. Auf der bevorstehenden Abrüstungskonferenz dürfte man nicht von dem gegenwärtigen Rüstungsstand ausgehen.“

Frankreich kann auf seinen Fuß gehen, daß man die Bestimmungen des Versailles Vertrages preisgibt, wenn sein neues Militärsystem begründet sich auf diesen Klauseln.

Wenn man ein internationales Recht will, so darf man nicht alle Mittel auf eine gleiche Stufe stellen. Wichtig ist vielmehr, daß die früheren Angriffe eine stärkere Begrenzung ihrer Rüstungen vorsehen, als die feineren Angriffe unternehmen haben und sich auch weigern, einen solchen zu unternehmen.

Unter diesen Vorbehalten und unter der Bedingung einer rigorosen internationalen Kontrolle wird Frankreich an allen Bemühungen teilnehmen, um die Gefahr Abrüstungskonferenz zu einem günstigen Abschluß gelangen zu lassen.

In der vorhergehenden Aussprache betonte der Präsident des Senats, daß die demokratischen und Sozialen Mission, Kabard, daß einer materiellen Abrüstung stets eine geistliche Abrüstung folgen. Der republikanische sozialistische Abg. Riffaterre unterließ die scharfe Erhebung des Rüstungsabkommens. Frankreich dürfe nicht mit einer doppelungsfachen Duldung nach Genf gehen, mit einem Auge nach dem einen und dem anderen mit dem anderen, die dem Krieg keine Ruhe nicht verlangen, daß man in Genf unter diesen Umständen an einer Ehrlichkeit Frankreichs glaube. Der sozialistische Abg. Spinasse habe gelegentlich eines Besuches in Frankreich seinen eigenen deutschen Soldaten gesehen. Deutschland habe ihm den Beweis dafür erbracht, daß die nationalpolitischen Zielsetzungen Frankreichs die Wahrheit enthielten.

### Die Trauerfeier in Eschweiler.

Das Hilfswerk für die Hinterbliebenen. Die Schützenhalle in Eschweiler war in eine würdig geschmückte Trauerhalle für die auf Grube „Eschweiler Reserve“ verunglückten Bergknappen umgewandelt worden. In den ersten Morgenstunden des Beisetzungs-

tages hatte man die toten Knappen aus der Totenkammer in jeder zur Schützenhalle übergeführt. Eine fünfzig uniformierte Bergleute und Sanitäter, begleitet von den Zug und bahren ihre Kameraden in der Halle auf. Unzählige Kranzpenden schmückten die Särge. Sämtliche öffentlichen Gebäude und viele Privatgebäude hatten halbhohe geflaggt. Raum war der Morgen herabgedröht, als auch schon die Glocken der Kirchen von Eschweiler, Rothberg und den übrigen betroffenen Orten die Angehörigen der Toten zu einem Gedenkgottesdienste riefen.

Gegen 10 Uhr begann die Trauerfeier. An der Trauerkundgebung nahmen außer den Angehörigen der Opfer die Bergarbeiterorganisationen, die Betriebsverbände sowie die Vertreter der Reichs- und Staatsregierung, der Behörden, der Wirtschaft und der Geisteswelt teil. Zunächst sprach Generaldirektor Weyeremann vom Eschweiler Bergwerksverein, der den Angehörigen der Verunglückten im Namen des Aufsichtsrates und des Vorstandes das herzlichste Beileid aussprach. Dann sprachen der Vorsitzende des Betriebsrates der Grube „Eschweiler Reserve“ und der Vertreter der Gewerkschaften.

Als Vertreter der Reichsregierung ergriß Ministerialdirektor Dr. Grieser vom Reichs-

arbeitsministerium das Wort, um den Hinterbliebenen im Namen des Reichspräsidenten, des Reichstages sowie der Minister der Reichs- und der preussischen Staatsregierung die warmen Anteilnahme auszusprechen. Ferner hielt Reichsminister Dr. Sträter, Aachen, und Konfliktarab Schröder geistliche Ansprachen. Unter den Klängen der Orgel wurden dann die Särge aus der Schützenhalle gebracht und auf zehn große, schwarz ausgelegene Wagen aufgeladen. An der Spitze des Beisetzungsuges hatte die Kapelle der Bergleute Aufstellung genommen. Es folgten die Abordnung und Kranzträger. Vor den Wagen schritt die Geisteswelt, während die Angehörigen hinter den Leichenwagen folgten. Den Schluß bildeten die zahlreichen Vereine.

Der Reichspräsident spendet 10 000 Mark.

Der Reichspräsident hat als Hilfe für die Opfer der Grubenkatastrophe aus seinem Dispositionsfonds einen Betrag von 10 000 Mark bewilligt und dem Regierungspräsidenten in Aachen zur Verfügung gestellt.



Heute morgen verschied sanft nach kurzem Leiden im festen Glauben an ihren Erlöser, unsere geliebte, treuergebende Mutter, Schwieger-, Groß- und Urgroßmutter Frau verwitwete

## Bertha Dähne

geb. Raack  
im 82. Lebensjahre.  
In tiefem Schmerz  
**die trauernden Kinder.**  
Annaburg, den 26. Februar 1931.

Die Beerdigung findet Sonntag nachm. 2 1/2 Uhr von der Leichenhalle aus statt.



**Annaburger Landwehr-Verein.**  
Den Volkstrauertag am Sonntag d. 1. März begehen wir durch freiwilligen Kirchgang.  
Wir wünschen Beteiligung aller Mitglieder. Vereinsabteilungen sind angewiesen.  
Der Vorstand.

Heute, Donnerstag  
**grüne Heringe**  
Franz März  
Inh.: P. Schröder.  
**Rollen keine Plage mehr**  
bei Benutzung der elektrischen Wäscherolle.  
Louis Hofmann

**Umsonst**  
spricht niemand von der  
**Erstklassigkeit und Preiswürdigkeit**  
meiner Konfirmanden-  
**Kleider und Anzüge**  
Kommen Sie ohne Kaufzwang zu mir.  
**Carl Quehl**

Zurückgekehrt von der letzten Ansehliche unserer lieben unergesetzten

### Frieda

ist es uns ein Vergnügen, für die tiefen Kranz- und Geliebten unsere herzlichsten Dank zu sagen. Besonderen Dank Herrn Pfarrer Schröder und Herrn Rektor Schröder für die treuergebenden Worte, sowie Herrn Konrektor Trautmann und der Schulführung für den ergebenden Trauergefang.

Witwe **Wilhelmine Strauch**  
nebst Anverwandten.

So ruhe wohl!  
Dort hat an dich gedacht  
Und alles, alles wohl gemacht.  
Schlaf, liebes Kind,  
Schlaf wohl zu guter Nacht.  
Weil Jesus dich bewacht.  
Verschlafe die erlittenen Schmerzen,  
Wir trösten dich in unsrer Herzen.  
So ruhe wohl, wir denken ewig dein.

Sammler kauft  
**Briefmarken, alte Briefe,**  
Kolonien, sowie ganze Sammlungen gegen bar. Offerten abg. in der Geschäftsstelle d. Bl.

„**Trix**“  
Anden-Batterien  
100 Volt, 8,50 Mk.  
Zu haben bei  
**Wilhelm Waisch.**

**Lichtspielhaus**  
Neue Welt  
Freitag, Sonnabend u. Sonntag 8 1/2 Uhr  
Ein Hergewald-Programm das alle Erwartungen erfüllen wird!  
Das große deutsche Kriminal-Drama:  
**Einbruch im Bankhaus Reichenbach!**

Nach dem gleichn. Roman von Dr. A. Landsberger.  
Ein Großfilm im Stile der Edgar Wallace Romane das mit allen Feinheiten der Kriminalistik ausgestattet ist.

In den Hauptrollen: Evelyn Holt, J. Kowal-Samborski, Elga Tomary, Paul Otto.  
Endlich wieder einmal ein wirklicher Kriminalfilm glänzender Ausstattung, der höchste Spannung und beste packende Handlung aufweist.

Im Vorprogramm:  
„Die Banditen von Pleasant Valley“  
Ein Wildwestfilm voller Spannung, Tempo ohne Grenzen.

**Salzburg zur Festspielzeit.** (2. Teil).  
Morgen: Verstärktes Orchester (Klavier, Cello, Geige).

Moderne  
**Briefpapiere**  
in Kassetten und Packungen in weiß und farbig neu eingetroffen  
**Hermann Steinbeiß,**  
Papier-Handlung.

Zur **Konfirmation**  
finden Sie bei mir eine besonders reiche Auswahl in Konfirmanden-Kleidern und -Anzügen  
in jeder Preislage. Ich lege besonderen Wert darauf, nur gediegene Ware zu liefern, an der die jungen Leute, wenn sie ins Leben hinaustreten, noch lange Freude und Nutzen haben.



Selbst ausgesuchte Stoffe werden nach Maß in eigenem Damen-Schneider-Atelier sauber und preiswert angefertigt.

**Ernst Peschke, Annaburg, Ackerstraße 16**  
Das Haus der guten Qualitäten!

Redaktion, Druck und Verlag von Herm. Steinbeiß Annaburg

1906 1931  
Anläßlich des 25-jährig Bestehens der Firma Kurt Schmiedicke geben wir trotz abermaliger Preis-Erhöhung, vom **Donnerstag, d. 26. Febr. bis Mittwoch, den 4. März,** beim Einkauf von 1.50 Mk. an  
**1 Kart. Bräunlinen gratis!**  
**Schmiedicke Konfitüren**  
Ueber 50 eigene Sorten  
Annaburg, Hauptstraße, bei Hilpert.

**Teht sind die Apfelsinen richtig süß!**  
Niesen-Apfelsinen 2 Stück 25 Pf.  
Mexina-Apfelsinen, groß 10 " 95  
Balencia-Apfelsinen 23 " 1,00 Mk.  
**J. G. Fritzsche.**

**Palast-Theater**  
Freitag—Sonntag: Beginn 20.30 Uhr.  
Ein sehr gutes Doppelprogramm, was jeden befriedigen wird!  
**Die kokette Frau.**  
Ein Sittenbild in 6 Akten voll Tragik und Schmerz, hervorgerufen durch die lustige Frau eines Großindustriellen und eines Arbeiters. — Ferner:  
„Seine Majestät, der Hausfreund!“  
Die Geschichte einer modernen Ehe in 6 Akten.  
In der Hauptrolle Bebe Daniels.  
**Mah Mäh Mäh-Geschichten.** Kulturfilm  
Sonntag nachm. 3 Uhr: **Kinder-Vorstellung**  
Richard Talmadge. Der Saal ist gut gefüllt.

3 Röhren Telefunken  
Batterie-Apparat  
complett 25 Mark  
Nota-Neganden  
Ausnahmepreis, an jedem Apparat passend.  
**Wilhelm Waisch**  
Rechnungshefte, Duttungshefte, Beleghefte, Notizbücher, Notizblock, Agendas, Vesperheftchen, Festabücher, Autabücher aller Art empfiehlt  
**Herrn. Steinbeiß.**

Einige Fuhrer trotene  
**tiefere Rollen**  
in Den Längen hat abzugeben  
**Wilh. Kunze.**

Befestungen auf  
**Britetts und Grudekots**  
nimmt ständig entgegen  
**J. Kählig's Nachf.**  
Inh.: Martha Müller  
Mühlenstr. 40

**Sigella-Mop**  
Bohnerwachs  
feinst. Tansaal-Spritzwachs  
Wöbelpolitur  
Mopöl, löse und in Fliesen, empfiehlt  
**J. G. Fritzsche.**

Ihr Kind ist besonders in der rauhen Jahreszeit tödlichen Erkältungskrankheiten ausgesetzt, wenn Sie ihm nicht täglich einige der beliebtesten und bekömmlichsten „Kaiser's Brust-Caramellen“ mit auf den Weg geben. Über 1500 Obeglaub. Zeugnisse sprechen für den Erfolg dererchten  
**Kaiser's Brust-Caramellen**  
mit den 3 Tannen  
  
Zu haben bei:  
Apothek A. Schorode  
Drogerie Otto Schwarz  
Theobald Schunke  
Otto Biemann's Nli.  
und wo Plakate sichtbar.

**Verein selbst. Handwerker und Gewerbetreibender Annaburg und Umgegend.**  
Seute, Donnerstag, den 26. Februar 1931, abends 8 Uhr, findet im Gasthof zum goldenen Ring eine  
♦♦♦ **Versammlung** ♦♦♦  
statt. Da auf der Tagesordnung eine Besprechung über die bevorstehende Werbewoche für Handwerker und Gewerbe steht, richten wir an alle Handwerker und Gewerbetreibende, auch Nichtmitglieder, die bringende Bitte, hoch an diesem Abend zu erscheinen.  
**Der Vorstand.**

**Am Freitag, den 27. Februar, abends 8 Uhr**  
spricht im „Süßergarten“ der Geschäftsführer Ertinger vom A. A. B. Halle. Sozialdemokraten, Brandler und alle Gegner der roten Konjunktur sind eingeladen.  
**Wie immer: Redefreiheit!**  
**K. P. D. Ortsgr. Annaburg.**

**KAFFEE HAG**  
der koffeinfreie Bohnenkaffee ist stets frisch zu haben bei  
**J. Kählig's Nachf.**  
Inh.: Martha Müller, Mühlenstr.  
**Großes Conwarenlager!**  
Tonröhren, 10—40 cm Durchmesser  
Krippenschalen, alle Größen  
Schweintröge, alle Größen u. Formen  
Ferkeltröge, alle Größen und Formen  
Pöfel, Gurken- und Wasserfässer  
empfehlen  
**Wilhelm Kunze.**

**Ansichtskarten**  
(Gesamtamtlich von Annaburg — Fliegeraufnahme)  
empfiehlt **Herm. Steinbeiß,** Papierhandlg.

Konflikt zwischen dem Reich und Braunschweig?

Wirth fordert die Mittelungen über angelegte Vorfälle.

In der Abendung des Staatsratsauschusses des Reichstages am Dienstag wurde der Staatsrat des Reichsministeriums des Innern im wesentlichen angenommen.

Es werde bereits am Mittwoch ein Schreiben an die braunschweigische Regierung abgehen, worin um nähere Mitteilungen ersucht werde.

Das heiße Eisen der Agrarvorlagen.

Verhandlungen zwischen dem Reich und Braunschweig.

In der Frage der vom Kabinett geforderten Ermächtigung für das ganze Zollwesen haben festeren Vernehmen nach unverändliche Besprechungen zwischen der Regierung und der Sozialdemokratische Fraktion gefunden, die dem Ziel nahe, die parlamentarische Annahme der Zollermächtigung für das Kabinett sicherzustellen.

Die Agrarberatungen vom Reichskabinett abgeschlossen.

Amlich wird mitgeteilt: Das Reichskabinett schloß Montagabend unter dem Vorsitz des Reichskanzlers seine agrar- und wirtschaftspolitischen Erörterungen ab. — Die beschlossenen sind ausschließlich mit der Frage der Butter- und Käsefälle und Verbraucherinteressen. — Im Laufe des Vormittags war bereits ein Einvernehmen über die künftige Regelung der Holszufuhr erzielt worden und zwar, wie verlautet, das mit den Holz einführenden Ländern, die in erster Linie Österreich und Schweden, mit möglicher Beilegung Verhandlungen über eine Kontingenzregelung der Holszufuhr eingeleitet werden sollen.

So sieht die Mürkung aus.

13 Milliarden für den französischen Heereshaushalt.

In der Kammer wurde am Freitag der Bericht über den Heereshaushalt für das Jahr 1931/32 verteilt. Der Heereshaushalt beläuft sich auf 6 1/2 Milliarden Franken und übersteigt somit den vorjährigen Haushalt um 70 Millionen. — Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, daß es sich bei diesen Summen um reine Rüfungsausgaben handelt, worin nicht etwa die Ausgaben einbezogen sind, die in den verschiedenen anderen Haushalten unter der Rubrik „Nationale Verteidigung“ untergebracht sind.

Märtyrer der Liebe

Roman von J. Schneider. Föfkl.

Fortsetzung. Nachdruck verboten. „Willst mich wohl in Schande vor deinem Doktor sehen lassen? Und von dem Wöbeln kannst du dir mitnehmen, was du von dem alten Gerimpel noch gern hast. Das habe ich mit ausbedungen. — Und jetzt läst du das Licht und schickst auch und dente nicht dem Sanderlins ins Antlitz. Deinen Stiefbruder laß ganz aus dem Spiel. Den kriest du vielleicht dein Leben lang nicht zu sehen. Und wenn, wird er sich den Tuschel um dich speren. Solche Geschiedten kommen duhndeweile vor. Das gibt sich im Leben jo. Ist weiter nichts Romanhaftes dabei. Eine ganz gewöhnliche Miltastade. Nur, daß sie eben deiner Mutter das Leben gekostet hat.“

Industrie und Landwirtschaft.

Reichsverband der deutschen Industrie gegen die Agrarvorlagen.

Der Vorstand des Reichsverbandes der deutschen Industrie laßt zur Frage der Agrarpolitik eine Entschiedenheit in der es heißt: Die deutsche Industrie hat die von der Reichsregierung durchgeführten Maßnahmen zum Zwecke der Erweiterung und Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktion und Wiedergewinnung der Rentabilität der deutschen Landwirtschaft in weitem Umfange unterstützt.

Die Industrie die ersten Bedenken auszusprechen. Es ist klar, daß die Verwirklichung derartiger Maßnahmen die handelsrechtliche Beziehungen Deutschlands stark gefährden muß. Auf die Agrarvorlagen des Exports und auf seine weitere Steigerung kann angesichts der besondern Lage Deutschlands nicht verzichtet werden.

energiegen gegen weitere Zollforderungen auf den genannten Gebieten ausspricht, so tritt er umso nachdrücklicher für eine weitgehende und ausreichende Förderung der agrarischen Veredelungsprodukte ein. Bereits vor Jahresfrist hat er in einem agrarpolitischen Gutachten ausführlich die Verbesserung begründet, daß eine wirkliche Befundung der deutschen Landwirtschaft nicht möglich ist, ohne eine umfassende und planmäßige, auf Förderung der Selbsthilfe abzielende Agrarpolitik, die sich die Senkung der landwirtschaftlichen Produktionskosten, die Verbesserung der Qualität und die Reform der Absatzorganisation zum Ziele setzt.

Der Kampf gegen das Volksbegehren vor dem Untersuchungsausschuß.

Die Ausfage der Regierung für die Minister der Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtages, der nachprüfen soll, ob die preussische Regierung mit verfassungswidrigen Mitteln das Volksbegehren gegen den Youngplan bekämpft hat, beschäftigte sich am Montag abend mit der Ausfageverweigerung des preussischen Staatsministeriums für die preussischen Minister und Beamten, die von diesem noch benommen werden sollten. Der Berichterstatter, Abg. Bork (Dnl.), beantragte, den Ministerpräsidenten als Zeugen zu vernehmen, damit er dem Untersuchungsausschuß die Gründe für die Ausfageverweigerung darlege. Die Abg. Steiner und Ebersbach (Ndl.) unterstützten diesen Antrag und erklärten, es wäre ein Unbild, daß das Staatsministerium die Ausfage von Ministern und Beamten vor einem parlamentarischen Untersuchungsausschuß unter Berufung auf die Strafprozessordnung verweigere. Das Staatsministerium sei im parlamentarischen System von Parlament abhängig und könne Staatsgeheimnisse vor dem Parlament niemals haben.

weitere Anträge mit der Bemerkung, daß für ihn der Beweis gegeben sei, daß die Staatsregierung eine Klarstellung ihres Verhaltens und der nachgeordneten Dienststellen vor dem Untersuchungsausschuß nicht wünsche. Der Ausschuß beschloß daraufhin, die Beweisaufnahme als abgeschlossen zu betrachten und beauftragte die beiden Berichterstatter, in der auf den 2. März anberaumten nächsten Sitzung die Feststellung des Untersuchungsergebnisses vorzutragen.

Wehrhaftmachung tut not.

Der österreichische Nationalrat für allgemeine Wehrpflicht. Der österreichische Nationalrat hat in seiner Freitagigen Sitzung die Beratung des Bundesvertragsbeschlages beendet. Bei der Abstimmung über das Kapitel Seerwehren wurde einstimmig ein Antrag des Landbundes angenommen, in dem die Regierung aufgefordert wird, alle Schritte zu unternehmen, um die Zustimmung der Signatarmächte des Friedensvertrages von St. Germain zum Ausbau der gesetzlichen Wehrgesetzgebung auf Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht nach dem Muster des Militärgesetzes zu erreichen.

Für Milderung der Arbeitslosigkeit.

Hirsch-Dundersche Gewerkschaften fordern 40-Stunden-Vollwoche. Der Zentralrat der deutschen Gewerkschaften H.-D. (Hirsch-Dunders) fordert, wie der Gewerkschaftliche Pressebericht meldet, von der Reichsregierung und dem Reichstag baldige energische gesetzliche Maßnahmen zur Milderung der Arbeitslosigkeit durch möglichst weitgehende Einschränkung der Beschäftigung von Doppelverdienern, soweit nicht für sie der Nachweis einer Erwerbsberechtigung erbracht wird. Der Zentralrat fordert ferner eine Verordnung zur Einführung einer 40-stündigen Arbeitswoche, wobei in allen Industriezweigen ein Verbot der über 48 Stunden hinausgehenden Arbeitszeit.

Die Vertragspolitik der Reichsbahn.

Die Industrie gegen das Schenker Monopol. Der Vorstand des Reichsverbandes der deutschen Industrie hat in seiner Sitzung am Freitag zu dem Schenker-Vertrag Stellung genommen. In der Stellungnahme, die einstimmig gefaßt wurde, heißt es u. a.: Der Reichsverband beantragt, daß vor Abschluß des für die gesamte Wirtschaft außerordentlich bedeutungsvollen Vertrages den beteiligten Vereinten der deutschen Wirtschaft keine Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben werden sei. Von Seiten der Wirtschaft könne nur bekräftigt werden, wenn die Reichsbaugesellschaft verjunge, den Volkswirtschaft in Bayern zu lenken, die eine erhebliche Verbilligung des Städtewerkehrs mit sich bringen. Das müsse aber auch ohne Gefährdung der berechtigten Interessen des Expeditionsverkehrs durchzuführen sein. In der Stellungnahme werden dann dazu ins einzelne gehende Vorschläge gemacht. Überhauptige Bedenken werden ferner gegen den Plan geäußert, den gewerblichen Raiffeisenverkehrs über 50 Kilometer an die Tarife der Reichsbahn zu binden.

Den Bruder niedergeschlagen.

Auf dem Rückweg von einem Gang zur Post in Affenparks wurde abends der Photograph Erich Schüte aus Dörich (Kr. Jerichow 1) kurz vor dem Dorf von seinem Vater und seinem Bruder angefallen und beschimpft. Im gleichen Augenblick erhielt er von seinem zweiten Bruder hinterwärts mit einer eisernen Dreifachkeule einen wuchtigen Schlag auf den Hinterkopf, so daß er bewußtlos zusammenbrach. Der Vater und die beiden Brüder ließen den Unberührten hilflos liegen, der, als er wieder zu sich kam, sich dem nächsten nächsten schickte, um er von Einwohnern aufgefunden und in seiner Wohnung gebracht wurde. Es war dem Gemeindevorsteher nur mit Mühe möglich, die Täter vor Kätlichkeiten der erregten Einwohner zu bewahren.

Ein verklärtes Büchel glitt über das Gesicht der Schläferin und blieb darauf liegen bis in den frühen Morgen.

Doktor Reichmann ließ wie ein gefangenes Tier im Wohnzimmer seines Freundes, des praktischen Arztes Dr. Silbert, auf und ab hielt sich beide Ohren zu, während dieser sprach.

„Ja! Ja!“ fuhr er endlich aufs höchste gereizt dazwischen. „Hans Jörg, ich bitte dich, brich nicht die alten Geschiedten wieder auf. Wie oft hast du mich schon gefragt? Ein Duzendmal! Hundertmal! Tausendmal! Ich sage dir, ich habe es satt bis daher! Geh hin und sage es ihr meinetwegen! Es nimmt dich sehr nett aus, wenn du kommst und ich dir anvertraut! Paronesse, Ihre Verlobter hat einmal die Gutsperin von Regenbach geliebt. Seien Sie auf der Hut! Lieber machen Sie ihn, daß er hübsch im Gesicht bleibt und nicht über die Stränge schlägt. Wenn es die eine Verlobung ist, dann mache es. Aber frage mich nicht noch einmal, ob ich wirklich nur meine Braut im Herzen trage. Ja! — Und noch einmal ja! Ich habe sie lieb! Bist! Was geht mich jetzt noch die Frau des hüttenföngigen Rentel an? — Gewesene Sache!“

Er ließ sich in einen Stuhl neben dem runden, weißgedeckten Tisch setzen, steckte sich mit nervösen Fingern eine Zigarette in Brand und ließ dabei seinen zu Silbert hinüber, welcher scheinbar der ganzen Sache seine Aufmerksamkeit geschenkt hatte, denn er schrieb in aller Ruhe einen Posten Rechnungen, die fällig waren, aus seinem Buche.

„Hun?“ fragte Reichmann gereizt. „Ich habe alles gehört und werde alles befolgen.“ Er klappte sein Buch zu und kam an den Tisch herüber. „Wie ist es im Rücktritt der Lampe hand, machte er den Eindruck eines etwa 34 bis 35jährigen Mannes. Vollständig „Kopfleisterfigur“ pflegte Reichmann spottend zu sagen.

Das schwarze Haar halblang geschneitten in einem tadellosen Vintstichel geordnet, ein feines, buntes Bärtchen, das kaum die Oberlippe besetzte, ein Paar tiefpünkle

Augen, das schmale Gesicht etwas ins Blasse spielend, mit einem Kindermund und zwei Reihen tadelloser Zähne. Er war der Abgott der Damenwelt des kleinen Städtchens, ein tüchtiger Arzt, ein glänzender Gesellschaftler und ein vielbegehrter Bewerber. Von den Müttern betrachtete ihn jede als ihren Schmeitzelsohn. Aber er wollte nicht Feuer fangen.

Das einzige Mädchen für das sein Herz in Liebe geschlagen hatte, war Elisabeth von Werken gemeint. Seit sie die Braut seines Freundes geworden, suchte er herr dieser Liebe zu werden. Aber es wollte nicht glücken. Reichmann wurde darum immer wieder von dem anderen gefragt: „Bleibst du zu sie wirklich in dem Waise, wie sie es verdient? Wenn du sie nicht glücklich machst, bist du der größte Schurke, den die Welt trägt!“

Das hatte Reichmann allmählich zur Verzweiflung gebracht.

„Lassen wir es also!“ sagte Silbert. „Ich werde nie wieder fragen. — Willst du kalt efen oder warm?“ — „Willst du Bier haben oder sonst etwas? — Bier! — Also gut.“

Er drückte auf die Klingel neben seinem Schreibtisch. Eine ältere Frau erschien und nahm seine Wünsche entgegen.

Geräuschlos entfernte sie sich wieder.

„Es ist wirklich nicht wert, sich wegen einer solchen Zappale in die Haare zu fahren.“ sagte Reichmann und ließ sich eine neue Zigarette geben. „Aber du bist einer von den Menschen, die einen zur Verzweiflung bringen können.“

„Und gerade du müstest dir die Zeit eines solchen Freundes aufhalten!“ sagte Silbert mit einem verdächtigen Ausdruck um die Mundwinkel.

„Daß das Spott! Ich vertrags nicht! Ich vertrag überhaupt nichts heute! Ich möchte am liebsten die ganze Welt beim Schopf nehmen und sie umgekehrt stellen.“ Dabei streckte er seine beiden Arme und hüftelte an den Ecken des Tisches, daß Silbert erschrocken nach Tellern und Gläsern griff.

(Fortsetzung folgt.)



# Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, namm. 3 Uhr.  
Bezugspreis wird monatlich festgesetzt.  
Bestellungen nehmen alle Postämter und die Zeitungsverleger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle, Logaewerth 3, entgegen.  
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Preisdruck-Anschluß Nr. 224.

Amtliches  
Publikations-Organ



für Amts- und  
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1. Millimeter hohen Raum 5 Goldpf., für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpf., im Neberteil 30 Goldpf. einseitig. Umgehender, Scherzhafter und tabellarischer Satz mit Aufschlag.  
Anzeigen-Aufnahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 8 Uhr. Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.

Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbez. Halle.

Nr. 24.

Donnerstag, den 26. Februar 1931.

34. Jahrg.

## Das Agrarprogramm der Reichsregierung

Schlehe vor dem Reichstag.

Reichsernährungsminister Schlehe vertrat vor dem Reichstag das Agrarprogramm der Reichsregierung. Im ersten Kapitel des Programms ist der Reichsernährungsplan vorgezeichnet, die weitere Einschränkung des Konsums und der Verbrauches der frei gewordenen Flächen zur Ausdehnung des Getreide-, Gemüse-, Hülsenfrucht- und Milchviehbestandes sowie der Ausdehnung der Grünlandwirtschaft. Dieses Ziel, so betonte der Minister, kann in erster Linie nur durch stärkere Anspannung der Selbsthilfskräfte erreicht werden, denn irgendwelche Zwangsmittel lehnt die Reichsregierung in dieser Frage ab. Die Reichsregierung ist gewillt, besonders in der Übergangszeit der Landwirtschaft den

Weg zu fruchtbarer Selbsthilfearbeit nach Möglichkeit zu ebnen. Hierzu gehören in erster Linie die Durchführung des Standardbrotgesetzes, der Zusammenfassung der Zuckerindustrie, die Durchführungsbestimmungen zum Milchgesetz, zur Beendigung des Nationalerzeugnisses der Genossenschaften und die Reichsregierung weitere Mittel bereitzustellen, ebenso zur Förderung der Kartoffelzucht und zur Stärkung der Spannung des Brennereiwesens.

Für die Milchwirtschaft endlich sind weitere Maßnahmen zur Förderung des Absatzes vorgesehen, vor allem die Verbrauchssteuer und die Förderung des Absatzes von Milchprodukten.

Für Kleinvieh, Schlacht- und Zuchtvieh sollen Gutsversicherungen für den Verlust der Tiere durch Krankheiten beschaffen werden. Zur Förderung des Absatzes der einheimischen Forstwirtschaft wird verlangt werden, daß bei allen Bauten mit Hilfe öffentlicher Mittel nur einheimisches Holz verwendet werden darf. Die Reichsregierung beschäftigt, nach dem Fragenkomplex des Brotgesetzes nochmals einer eingehenden Prüfung zu unterziehen. Die Reichsregierung hat weiter beschloffen, dem Reichstag für das folgende Jahr freie Hand zu erbitten.

Die Reichsregierung hat dieses ganze Gesetzgebungswerk in enger Zusammenarbeit mit den maßgebenden Vertretern der Landwirtschaft ausgearbeitet und in der Erwartung beschloffen, daß nunmehr auch gerade von gesellschaftlicher Seite noch mehr als bisher getan wird, um die Selbsthilfe auszuüben.

Die Landwirtschaft ist in der Preisfestsetzung allen anderen Wirtschaftszweigen weit voraus. Man muß bemüht sein, die Spanne zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreisen bei Agrarerzeugnissen zu verringern, damit auch die Konsumenten ihren Anteil am Wert der Erzeugnisse erhalten können. Der Minister teilt auch nicht die Befürchtungen gewisser Landwirtschaftsleute über die Wirkung der Zollpolitik auf unsere handelspolitischen Beziehungen. Bis jetzt seien der Landwirtschaft in der Handelspolitik einseitige Opfer zugemutet worden. Schließlich wendet sich der Minister noch an die Selbstwirtschaft selbst.

Das Gesetz werde keine Zauberkraft in seinem Schoße, packe aber die entscheidenden Probleme an der Wurzel und gebe bis an die Grenze dessen, was zurzeit gesetzgeberisch auf agrarpolitischen Gebiete überhaupt möglich ist. Persönlich hält er dann noch hinzu, daß er sein Amt im Einklang mit der Grünen Front übernehmen und in voller Einmütigkeit mit ihr die Grundlagen für das neue Agrarprogramm beschaffen habe.

„Ich weiß“, so fährt der Minister mit scharfer Betonung fort, „daß viele meiner Zeitgenossen unter dem herrschenden Druck unmittelbarer Existenzbedrohung dem Staat und meiner eigenen Politik voller Mißtrauen, voller Unmut und Argwohn gegenübersehen. Ich verheide die Schwächen und Mängel der Verwaltung und die Empörung als schwere Krankheits Symptome der um das Leben ringenden Landwirtschaft. Mögen manche Kreise dieses Hauses und vielleicht auch des deutschen Volkes für die Agrarpolitik der Regierung nicht mehr das nötige Verständnis aufbringen, ich stehe trotzdem fest an meiner Aufgabe, als verantwortungsvoller Reichsminister für die deutsche Landwirtschaft und werde meine Pflicht so lange behaupten, wie ich der Überzeugung bin, an dieser Stelle auf dem deutschen Lande und unter dem deutschen Volk zu dienen.“

## Die Aussprache über das Regierungsprogramm.

Im Anschluß an die Rede des Reichsernährungsministers Schlehe beginnt die Aussprache. Abg. Tempel (Soj.) verweist darauf, daß die Arbeiterklasse kein volles Verständnis für die Wirtschaftspolitik der Agrarier aufgebracht hat. Große Opfer, 3,5 bis 4 Milliarden an direkten und indirekten Subventionen, werden aufgebracht. Die Steuerleistungen der Landwirtschaft sinken immer mehr. Für den Bauern eine Verbilligung der Futtermittel und eine Verbesserung der Absatzorganisation in der Landwirtschaft. Der Weg zum Verbraucher muß abgeklärt werden.

Wachsen der Grenzgebiete, dürfe nicht vergessen werden. Wir müssen vor allem für die geistige Erziehung des Bauernstandes eintreten unter fester Betonung des christlichen Charakters der Landwirtschaft.

Die Kommunisten haben einen Mißtrauensantrag gegen den Reichsernährungsminister eingebracht. Abg. Dr. Schlichter (Komm.) betont die Notwendigkeit, die Interessen der deutschen Industrie und der Landwirtschaft in räumliche Beziehungen zu bringen. Die Industrie hat wichtige Absatzgebiete verloren und hat das größte Interesse an einem funktionierenden Bauernstand. In erster Reihe wären die Industrien zu fordern, die mit der Landwirtschaft zusammenhängen. Das Ziel der Wirtschaftspolitik hat sich nicht geändert, und die Industrieorganisationen der Landwirtschaft und Industrie sollten sich einmal zusammensetzen und überlegen, wie Industrie und Agrarwelt einander wieder angelehnt werden können. Dann beschließt sich der Redner mit dem Scherzbeobachtungswort und feststellt: Jedes Volk muß zurecht gehen, das planlos erzieht und planlos verbraucht.

## Ständige Ausschüsse für die Landwirtschaftshilfe.

Es ist ja meistens so: Vorher hat man einige Angst, aber wenn die Gefahr da ist, dann ist sie halb so schlimm! Diese Worte hat zwar etwas vulgär, im parlamentarischen Leben aber richtig und man kann sie auch in einem besonnenen Rahmen stellen. Dem erzieht es sich anders und zweifelsfrei kann man denken. So ist es schon am ersten Tage der Agrarberatung anders gekommen! In der Rede des sozialdemokratischen Fraktionsprechers nämlich, der sich den vorhergehenden Regierungserklärungen gegenüber durchaus nicht so ablehnend einstellte, wie man das von der Sozialdemokratie bisher gewohnt war. Natürlich ist das ganz wesentlich insofern für die allgemeine politische Situation wie für das Kabinett wichtig insofern, als die „inneren Schwierigkeiten“ hauptsächlich in den Aussprüchen parteipolitischer Propheten vorhanden waren.

Daher rechnet man heute, während die Landwirtschaftsvertreter der einzelnen Parteien das Regierungsprogramm hin- und herwenden, es hat sich doch, halb kritisch, halb lobend, auch damit, daß es im Reichstag auch dann zu einer Einigung kommen wird, wenn später erst alle die angelegentlich Vorlagen eintreffen werden, die im Regierungsprogramm ja nur skizziert wurden. Der Bayerische Bauernbundsführer Prof. Febr sprach daher von einem Bruch der Sozialdemokratie mit ihrem bisherigen „Dogma“, das eine unbedingte Einstellung auf ein einseitig „antizönerisches“ Prinzip verlaßt habe. Aus welchen Gründen nun sei der Sozialdemokrat diese Zerkünderung erfolgt, braucht die Regierung jedenfalls nicht zu kümmern, da es ihr nur darauf ankommt, ihr Programm im Reichstag durchzusetzen. Und es müßte fernerhin zugeben, er sei völlig antiparlamentarische Lage eintreten, wenn der Regierung das nicht gelingen sollte.

## Sitzungsbericht.

(32. Sitzung.) 08. Berlin, 25. Februar.  
Vor Eintritt in die Tagesordnung verläßt ein kommunistischer Antrag die historische Zurückziehung der gegen die Erwerbslosen eingeleiteten Polizeimaßnahmen und die Aufhebung der Demonstrationen verbietet. Da sich gegen den Antrag Widerspruch erhebt, muß seine Beratung verschoben werden. Es folgt dann die Aussprache zum Gesamtsatz des Reichsernährungsministeriums. Als erster Redner stimmt der christlich-sozialdemokratische Redner den Forderungen des Ministers Sachlich nach. Es müßte endlich zu einer nationalen Wirtschaftsförderung übergegangen werden und man dürfe die Landwirtschaft nicht der Konkurrenz des Auslandes ausliefern. Besonders dringlich für den Osten ist die Siedlungsfrage geworden. Der Redner beschließt sich dann eingehend mit der Sentenz der Zinsfrage, einer Lebensfrage der Landwirtschaft, der man jetzt wenigstens auf dem Wege der Hilfsleistungen zu Hilfe rufen kann. Wozu ist jene Frage natürlich auch nur dann, wenn der Gegensatz zwischen Stadt und Land gemindert wird.

Abg. Freybe (Christlichsoz.): Gerade die Befragten sind die Ursache, daß wir uns nicht gegen den Vorwurf des Protektionismus verteidigen können. Bei den Zollreduzierungsmaßnahmen ist die Erhöhung der Zölle

zu vermischen, obwohl sich bereits in allerhöchster Zeit ein Tiefstand der Zerpresse ergeben wird, der sich dann in noch niedrigerer Schmelzpreise umsetzen wird. Zu einer gesunden Agrarpolitik gehört vor allem eine Aufhebung der Zölle, welche heute der Abzug für Zölle im Verträge mit Schweden und danach die Erhöhung der Zölle.

Die Preisfestsetzung durch den mehr oder weniger gelinderten Druck der Reichsregierung muß in Handel und Gewerbe scharfe Zurückhaltung erfordern. Wenn nämlich die Verbraucher selbst nicht mit gutem Beispiel vorangehen, dann haben gerade diese auch kein Recht, vom Staatshandelspreis abzuweichen. Der ist nur möglich bei gleichzeitiger Senkung der Steuern und Abgaben.

Der Redner verweist darauf, daß allein die freie Privatwirtschaft das Leistungsprinzip in den Vordergrund stellt. Allerdings müßte ihr die Fesseln der Zwangsverwaltung genommen und damit auch der sogenannte Planwirtschaftigkeit und auch mit der Subventionen politt gemacht werden, die im allgemeinen den Boden für Korruption und Skandalen schaffen.

Abg. Dr. Febr (Bayer. Bauernbund) wendet sich gegen die Ausführungen des Abgeordneten Düring, der sich vielfach nicht gerade freundlich über die Landwirtschaft geäußert habe. Außerdem sei es unrichtig, wenn der Reichsernährungsminister Dr. Diefenbach behauptet habe, die Landwirtschaft erhalte jährlich an Subventionen und öffentlichen Zuwendungen praktisch drei bis vier Milliarden Mark.

Man verneine, daß alle Maßnahmen für die Landwirtschaft nur um der Allgemeinheit willen getroffen werden. Man könne die Zollmaßnahmen nicht zu den Subventionen rechnen; an wirklichen Subventionen kommen für die Landwirtschaft jährlich nur 36 Millionen heraus.

Man verneine, daß alle Maßnahmen für die Landwirtschaft nur um der Allgemeinheit willen getroffen werden. Man könne die Zollmaßnahmen nicht zu den Subventionen rechnen; an wirklichen Subventionen kommen für die Landwirtschaft jährlich nur 36 Millionen heraus.

Man verneine, daß alle Maßnahmen für die Landwirtschaft nur um der Allgemeinheit willen getroffen werden. Man könne die Zollmaßnahmen nicht zu den Subventionen rechnen; an wirklichen Subventionen kommen für die Landwirtschaft jährlich nur 36 Millionen heraus.



Man verneine, daß alle Maßnahmen für die Landwirtschaft nur um der Allgemeinheit willen getroffen werden. Man könne die Zollmaßnahmen nicht zu den Subventionen rechnen; an wirklichen Subventionen kommen für die Landwirtschaft jährlich nur 36 Millionen heraus.

Man verneine, daß alle Maßnahmen für die Landwirtschaft nur um der Allgemeinheit willen getroffen werden. Man könne die Zollmaßnahmen nicht zu den Subventionen rechnen; an wirklichen Subventionen kommen für die Landwirtschaft jährlich nur 36 Millionen heraus.